

An die
Regionalversammlung von
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Südniedersachsen

Sondierungen Bewertung der Ergebnisse

Liebe Freundinnen und Freunde

Über das Ergebnis der Sondierungen zwischen CDU, CSU und GRÜNEN ist viel berichtet worden. Warum diese Sondierungen gescheitert sind, erklärt ein genauerer Blick auf die einzelnen Verhandlungspunkte. Deshalb eine Auflistung der Plus- und Minuspunkte im Einzelnen aus meiner Sicht.

0. Ziel der Sondierungen

Die Sondierung sollte klären, ob wir der Partei die Aufnahme von Verhandlungen über die Bildung einer Regierung empfehlen. Maßstab dafür war, ob es als aussichtsreich gelten kann, mit den Sondierungspartnern über **vier Jahre eine stabile Regierung** zu bilden, mit der **grüne Politik umgesetzt werden kann**. Grundlage dafür ist das Wahlprogramm 2013 *Zeit für den grünen Wandel*. Eine besondere Berücksichtigung sollten die aus dem Mitgliederentscheid hervorgegangenen **Neun Projekte** für ein nachhaltiges, gerechtes, offenes Deutschland finden.

0.1. Vorbewertung

- + CDU und CSU hatten sich auf uns vorbereitet. Die Gespräche fanden in **sachlicher Atmosphäre** statt. Sie waren beidseitig von einer **konstruktiven** Herangehensweise geprägt.
- Aber gerade die sachliche Diskussion und das dabei entwickelte gegenseitige Verständnis ermöglichten auch die Punkte zu identifizieren, an denen die drei Parteien nicht übereinstimmten. Am Ende stimmte man **darin überein, worin man nicht übereinstimmte**. Und diese **Dissenspunkte überwogen die Übereinstimmungen**.

1. Europa und Finanzmarkt

- ± Verbal gab es ein klares Bekenntnis zu **mehr Europa** aber immer verbunden mit dem Hinweis, dass andere das nicht wollen. Vorrang hatte ein Plädoyer für eine strikte Konsolidierungspolitik, von der man glaubt, sie könne die Wettbewerbsfähigkeit erhöhen.
- Klar abgelehnt wurde ein **Altschuldentilgungspakt**.
- Abgelehnt wurde – bei Bekenntnis zu einer **Bankenunion** - ein **europäisches Abwicklungsregime** für marode Banken und festgehalten am Aufwuchs nationaler Bankenrettungsfonds.
- Eine Nutzung der Finanztransaktionsteuer zu Gunsten eines **Marshallplans für die Krisenländer** wurde mit Zweifeln am Aufkommen begegnet.
- Ebenfalls klar abgelehnt wurde eine **Schuldenbremse für Banken** – also eine risikoungewichtete höhere Eigenkapitalquote.

1.1. Fazit

- Mit dieser Haltung ist eine **Änderung der Krisenpolitik in Europa nicht zu erwarten**. Grüne können die bloße Fortsetzung der Austerität in Europa nicht mittragen. Hinzukommt, dass ohne Schuldenbremse für Banken ein **zentrales Wahlversprechen nicht eingehalten** wird.

2. Ökologische Modernisierung und Energiewende

- ± Es gab in der Frage einer **ressourceneffizienten Wirtschaftsweise** ein verbales Bekenntnis. Ebenfalls wurde die Notwendigkeit einer **Energiewende** unterstrichen. **Wie** dieses aber umgesetzt werden soll, blieb auch in zwei Sondierungen zu diesem Thema offen.
- ± Das gilt vor allem für das **Wie einer Novelle des EEG**. Zugestimmt wurde unserer Feststellung, dass man dafür einen parteiübergreifenden Konsens bräuchte, um Investitionssicherheit für 15 Jahre gewährleisten zu können.
- + In diesem Rahmen sprach sich die Union für eine Reduzierung der **Ausnahmen bei den Umlagen** aus – deutlich wurde, dass dies vor allem unter dem Druck der anstehenden Beihilfverfahren geschah.
- + Ändern möchten CDU und CSU ihre Haltung zum **Backloading** – was allerdings in der jetzigen Fassung bereits ein sehr limitierter und zeitlich begrenzter Kompromiss ist.

- Klar abgelehnt wurde die Einführung eines **CO2-Mindestpreises** zur Wiederherstellung des Emissionshandels.
- Keine Zustimmung gab es für **Mindestwirkungsgrade** für fossile Kraftwerke
- Kontrovers wird auf Unionsseite der Ausbau der **Windenergie im Binnenland** bewertet, den sowohl Seehofer wie Bouffier durch Abstandsregelungen ausbremsen wollen.
- Zwar gab es **verbale** Übereinstimmung für ein Programm zur **energetischen Gebäudesanierung** – die dafür notwendigen jährlich 3,5 Mrd. € wollten CDU und CSU aber weder 2014 noch 2015 zur Verfügung stellen – und auch danach blieb die Finanzierung fraglich.
- Zu keiner Änderung ihrer – in Europa isolierten - Haltung waren CDU und CSU bei den **Verbrauchsobergrenzen** für Autos bereit.

2.1. Fazit

- Dies ist der für GRÜNE wohl **zentralste Bereich**. Auch wenn das Bemühen erkennbar war, uns bei EEG-Ausnahmen und *Backloading* entgegenzukommen war keine konkrete Bereitschaft zu erkennen, sich dem **Systemkonflikt zwischen Erneuerbaren und Kohle** zu stellen. Ohne dies wird aber eine Energiewende nicht gelingen. Damit wird das **prioritärste Wahlversprechen, 100 % Erneuerbare, nicht umzusetzen** sein.
- Ein Klimaschutzgesetz **ohne Energie- und Klimafonds** ist entleert. Tatsächliche Bewegung beim Klimaschutz war nicht zu erkennen – im Gegenteil, es kam die **Provokation bei den Verbrauchsobergrenzen** hinzu – deren Abschwächung die Bundesregierung in Brüssel auch noch durch eine Aufweichung der Bankenunion erreicht hat.

3. Offene Gesellschaft

- + In der zweiten Runde hatten CDU und CSU ihre Position zur **Doppelten Staatsbürgerschaft** korrigiert. Diese könne leichter ermöglicht werden.
- ± Die **Extremismusklausel** für die Förderung von Initiativen gegen Rechts wurde relativiert aber nicht aufgegeben.
- + Bei der **Frauenquote in Aufsichtsräten** wäre eine Lösung möglich gewesen.
- **Die Abschaffung des Asylbewerberleistungsgesetzes** wurde abgelehnt – obwohl es hier ein Bundesverfassungsgerichtsurteil gibt –

dagegen wurden Lockerungen bei der Residenzpflicht und bei Sachleistungen angedeutet.

- ± Die Ersetzung von *Dublin II* und eine **europäische Flüchtlingspolitik** blieben schwammig und unverbindlich.
- Bei der **Vorratsdatenspeicherung** bleibt der Dissens voll bestehen.
- Die **vollständige Öffnung der Ehe** samt Adoptionsrecht für Schwule und Lesben soll nur auf Druck einer Gerichtsentscheidung erfolgen.

3.1. Fazit

- Es hat hier Bewegung auf die GRÜNEN zu gegeben – das **Wahlversprechen „Kampf gegen den Rechtsextremismus“** ist nicht ausgeschlossen. Aber die volle Gleichberechtigung von Schwulen und Lesben den Gerichten zu überlassen und das Gerichtsurteil zu den Asylbewerberleistungen nicht umzusetzen, kann **keine Empfehlung** zur Folge haben, Koalitionsverhandlungen aufzunehmen.

4. Umwelt und Agrar

- + CDU und CSU bestritten, dass es für Großställe Subventionen gäbe – aber waren bereit die **Privilegierung** von BlmmschG-Bauten **im Baurecht zu beenden** und den Antibiotika-Einsatz im Stall zu mindern.
- Bei der **bevorzugten Förderung bäuerlicher Landwirtschaft** gegenüber Großbetrieben und der **Verteilung der Mittel zwischen 1. und 2. Säule** blieb es beim **Dissens**.
- + CDU und CSU erklärten, gegen Fracking zu sein, und erklärten ihre Bereitschaft über eine grundsätzliche Novelle des Bergrechts zu verhandeln, was auch den bisherigen Rechtsanspruch auf eine Genehmigung umfasst.

4.1. Fazit

- + Bei Fracking wie Massentierhaltung hat es eine **deutliche Annäherung gegeben** – es wäre möglich gewesen eines unserer **zentralen Wahlprojekte – das Ende der Massentierhaltung** – zu verhandeln.

5. Verkehr

- + CDU/CSU wie GRÜNE sehen **Unterfinanzierung** bei Verkehrsinfrastruktur.

- ± CDU und CSU halten an **PKW-Maut** fest. Sie wollen aber auch die von GRÜNEN geforderte **Ausweitung der LKW-Maut**. Im Kern rechnen sie mit gut **1 Mrd. Mehreinnahmen**.
- Dem klaren **Vorrang Erhalt vor Neubau** wird insbesondere durch die CSU widersprochen.
- CDU und CSU sind sichtbar entsetzt, als GRÜNE als Lärmschutzmaßnahme ein **Nachtflugverbot** vorschlagen.

5.1. Fazit

- Im Verkehrsbereich blieben die **Finanzierungsfragen ungelöst** und die **Widersprüche** beim Vorrang für den Erhalt und beim Nachtflugverbot bleiben ebenfalls bestehen.

6. Forschung

6.1. Fazit

- Im Kern waren es **Bund-Länderverhandlungen** über mehr Geld. Diese konnten **nicht** zu einem befriedigenden **Ergebnis** geführt werden.

7. Bildung und Betreuung

- Die **Abschaffung des Betreuungsgelds** wird **abgelehnt**.
- Für ein **Kita-Sofortprogramm** wird ein **Finanzierungsvorbehalt** gemacht.
- Für ein **Ganztagsschulprogramm** wird die verfassungsrechtliche Grundlage bezweifelt.
- ± **Familiensplitting** der Union wird nicht gefordert.
- Die Abschmelzung des **Ehegattensplittings zugunsten einer Kindergrundsicherung** wird von CDU und CSU abgelehnt.

7.1. Fazit

- Unser **Wahlversprechen, 10 Mrd. für Bildung und Betreuung** zu investieren, bleibt offen. Das Betreuungsgeld kann nicht abgeschafft werden. Das ergibt keine Grundlage für Verhandlungen.

8. Arbeit und Soziales

- ± Die Einführung einer **Mütterrente** mit 7 Mrd. Kosten soll aus den jetzt schon fließenden Steuermitteln bezahlt werden.

- ± Bei der **Garantierente** werden die Anspruchsjahre in unserem Konzept in Frage gestellt – aber es gibt Verhandlungsbereitschaft.
- Ein **flächendeckender gesetzlicher Mindestlohn** von mindestens 8.50 € wird **abgelehnt**.
- Ein höherer **ALG2-Satz** - auch für Kinder - wird ebenfalls **abgelehnt**.

8.1. Fazit

- Vor diesem Hintergrund ergibt sich keine Verhandlungsgrundlage. Mit der **Ablehnung des Mindestlohnes** wird eines unserer **zentralen Wahlversprechen** in Frage gestellt – und für einen **höheren Regelsatz** haben Grüne lange gestritten.

9. Gesundheit und Pflege

- ± Es gibt Konsens, dass mehr für die Pflege getan werden muss – hier scheut die Union auch keine **Beitragsatzerhöhungen**. Sie lehnt aber eine **Bürgerversicherung** ab.
- Die **Bürgerversicherung** im Gesundheitswesen samt der Einbeziehung aller Einkünfte wird von CDU und CSU rundweg abgelehnt.

9.1. Fazit

- Mit der **Ablehnung der Bürgerversicherung** wird ein **zentrales Wahlversprechen** der GRÜNEN zurück gewiesen.

10. Globale Politik

- + Ausdrückliche Übereinstimmung gab es in den grundlegenden außenpolitischen Fragen insbesondere zu einer Politik der **Zurückhaltung bei Auslandseinsätzen** und der Priorität für politische Lösungen wie zuletzt im Syrien-Konflikt.
- Eine Verminderung der Rüstungsexporte und ein verbindliches **Rüstungsexportkontrollgesetz** werden von CDU und CSU **nicht** befürwortet.
- Ein verbindlicher Aufwuchsplan für das **0,7 % Ziel** bei der Entwicklungshilfe wird als **nicht realisierbar** angesehen.
- ± Zur Beitrittsperspektive für die **Türkei** ist die Union indifferent.

10.1. Fazit

- Jenseits der grundlegenden Übereinstimmung werden bei den zentralen grünen Wahlversprechen **kaum Optionen** für eine **Verhandlungslösung** gesehen.

11. Finanzen und Steuern

- ± CDU wie CSU möchten wie GRÜNE **die Neuverschuldung auf Null** drücken. Spielräume können sich laut CDU und CSU nur daraus ergeben, dass das Wachstum höher ist als die Neuverschuldung. Alles anders sei eine Verletzung ihres „Markenkerns“.
- Daraus ergibt sich, dass es für 2014 wie 2015 faktisch **keine Spielräume** gibt. Maßnahmen, durch **Umschichtungen** oder **Subventionsabbau** Finanzspielräume zu schaffen, werden **abgelehnt**.
- Dennoch wollen CDU und CSU jährlich **3 Mrd. €** (mit 1 Mrd. aus Maut) **Verkehrsinvestitionen** sowie ab 2016 jährlich **6 Mrd. €** für die **Eingliederungshilfe** zur Verfügung stellen.
- Eine **Vermögensabgabe zum Schuldenabbau** wird abgelehnt – Schuldenabbau soll ausschließlich über Wachstum erfolgen.
- Eine Entlastung über den Grundfreibetrag für alle – finanziert über einen höheren Spitzensteuersatz wird **abgelehnt**.
- **Die Abschaffung der Abgeltungssteuer** wird abgelehnt.
- **Der Abbau ökologisch schädlicher Subventionen** (Dienstwagenprivileg, Härtefall statt Ausnahmen Ökosteuer) wird klar abgelehnt.
- **Der Abbau der Mehrwertsteuersubventionen** wurde - mit deutlichem Widerwillen - zurückgewiesen.
- **Auf die Frage nach einer Gegenfinanzierung für notwendige Investitionen** (10 Mrd. Bildung, 3 Mrd. Klimafond, 1 Mrd. ODA, Zusätzliche Mittel Verkehrsinfrastruktur) gab es keine Antwort.

11.1. Fazit

- Die Sondierungen belegen, dass CDU/CSU und GRÜNE bei den Finanzen und Steuern **nicht zusammen kommen**. Wer zusätzliche Investitionen in Bildung, Klima und Infrastruktur ausschließlich von Wachstum abhängig machen will, wird diese Aufgaben nicht finanzieren können. Damit sind mindestens **zwei zentrale Wahlversprechen** (mehr für **Bildung und Betreuung** sowie ein **Klimaschutzfonds**) für die Grünen nicht umzusetzen. Eine Aufnahme von Verhandlungen kann nicht empfohlen werden.

12. Gesamtbilanz

1. Nimmt man nur die 9 Projekte des Mitgliederentscheids dann gibt es maximal in 3 von 9 eine Grundlage für Verhandlungen. **3 zu 6 ist zu wenig**.

2. Insbesondere, dass es **keine Verständigung** über den **Systemkonflikt Kohle gegen Erneuerbare** gab, und die **Nichteinigung beim Klimaschutz** entziehen Koalitionsverhandlungen die Basis.
3. Hinzukommen **wichtige** andere **Anliegen**, von der Erhöhung des ALG2 Regelsatz über die Entwicklungszusammenarbeit bis hin zur völligen Gleichstellung bei der Ehe die rundweg abgelehnt werden.
4. Von entscheidender Bedeutung für das Ende der Sondierungen ist, dass mit der von Union zum Markenkern überhöhten Verweigerung bei Steuern und Subventionsabbau **keinen Spielraum für Investitionen in Klima, Bildung und globale Gerechtigkeit gibt.**

Auf der Basis dieser Sondierungsgespräche kann die Aufnahme von Koalitionsverhandlungen mit CDU und CSU nicht befürwortet werden.